Wittgensteiner Zeitung

Amtlicher Anzeiger der Stadt Laasphe, der Aemter Wittgenstein, Banfe und Erndtebrück

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag und kostet vierteljährlich in der Geschäftsstelle abgeholt Mk. 5.25 Bringerlohn monatl. 10 Pfg. Durch die Post bezogen M. 5.25 ohne Bestellgebühr — Fernsprecher Nr. 1 —

Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe.

Bei Anzeigen wird die einspaltige Zeile oder deren Raum mit 50 Pfg. berechnet. Reklamezeile Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Girokonto Kreissparkasse Laasphe Nr. 89 — Postscheckkonto Cöln 40449 —

Nummer 45 | Laasphe, Donnerstag den 15. April 1920 | 45. Jahrgang

Frankreichs Rückzug.

Bevorstehende Beilegung des englisch-französischen Streitfalles.

Die Beilegung des englisch-französischen Zwischenfalles steht bevor. Am Montag stattete der englische Botschafter in Paris Lord Derby Ministerpräsident Millerand einen Besuch ab, um ihn im Namen seiner Regierung um einige Aufklärungen zu bitten, die der französische Ministerpräsident sofort gegeben hat. Dem „Temps" zufolge ist nach dieser Unterredung ein Einverständnis zwischen den beiden Regierungen erzielt worden.

Dem britischen Botschafter ist ausdrücklich versichert worden, daß die Städte Darmstadt und Frankfurt zu gleicher Zeit mit den Städten Hanau, Dieburg und Homburg geräumt würden und nicht etwa staffelweise. Des ferneren habe sich Lord Derby bestätigen lassen, daß die Räumung erfolgt, sobald die über das Augustabkommen hinaus in das Ruhrgebiet einmarschierten Truppen die neutrale Zone verlassen haben. Diese von Frankreich jetzt geforderte Herabsetzung der deutschen Truppenmacht in der neutralen Zone auf die im Augustabkommen vorgesehene Stärke ist den Erklärungen des Reichskanzlers zufolge schon eingeleitet.

Der „Temps" veröffentlicht eine augenfällig amtlich beeinflußte Mitteilung, wonach die deutsche Regierung eine Verlängerung des Augustabkommens, das am 10. April abgelaufen sei, um drei Monate nachgesucht habe. Wenn der Oberste Rat sich mit dieser Frage in San Remo beschäftigen werde, und wenn die deutschen Truppen in der neutralen Zone auf den Stand zurückgeführt würden, der nach dem Abkommen dessen Verlängerung Deutschland jetzt verlange, gestattet sei, **ergebe es sich von selbst, daß die französische Regierung nicht die Absicht habe, durch Verlängerung der militärischen Besetzung, die in der letzten Woche vorgenommen wurde, den Anschein zu erwecken, einen Druck auf die Entscheidungen des Obersten Rates auszuüben.**

Havas meldet: Es scheint, daß das Gesuch Deutschlands auf eine Verlängerung der Frist zur Abrüstung Gegenstand der ersten Beratung in San Remo sein wird. Es ist wahrscheinlich, daß die französische Regierung, um nicht den Anschein zu erwecken, als wolle sie sich über Beschlüsse ihrer Alliierten hinwegsetzen, sich bemühen wird, die Dauer der Besetzung zu beschränken und sich geneigt zeigen wird, ihre Truppen zurückzuziehen, sobald die Lage im Ruhrgebiet wieder normal sein wird. Unter diesen Umständen kann man annehmen, daß die Verhandlungen in London und Paris ihren Abschluß gefunden haben.

Weitere Ausdehnung der Besetzung.

Mit der durch Havas angekündigten Zurücknahme der französischen Besatzungstruppen läßt sich folgende Meldung aus Hanau schwerlich in Einklang bringen:

„Dienstag früh erfolgte die weitere Besetzung des Kreises Hanau bis zur Bahnlinie Hanau—Friedberg. Die Bevölkerung verhielt sich trotz der begreiflichen Erregung, in der sie sich befand, sehr zurückhaltend. Die Franzosen verhafteten sofort die grüne Polizei und transportierten sie nach Griesheim. Sie beschlagnahmten sämtliche Waffen, die zur Ausrüstung von Einwohnerwehren und für polizeiliche Zwecke gesammelt waren, und außerdem 50 Pferde. Die verlassene Kaserne ist stark verwüstet. Die Franzosen erbrachen sämtliche Schränke und Türen und erklärten alle Lebensmittel, die sie vorfanden, für beschlagnahmt."

*

Aus Paris wird gedrahtet: Infolge der Zwischenfälle, die sich bei der Verwendung von farbigen Truppen in Frankfurt a. M. ergaben, ist verfügt worden, daß diese Truppen durch weiße Truppen ersetzt werden sollen.

Frankreich will die Rheingrenze.

Ein Geheimdokument über die Zerstückelung Deutschlands.

Im geeigneten Moment läßt die Reichsregierung „Richtlinien" veröffentlichen, die bei einer am 9. April in Mainz stattgehabten Besprechung höherer französischer Offiziere über die Deutschland gegenüber zu befolgenden Politik aufgestellt worden sein sollen. Darin heißt es u. a.: Die Rheinlinie ist nötig, um uns dauernde Sicherheit und die Gewißheit zu geben, daß wir vor Revanche-Ideen der deutschen Militärkreise geschützt sind. Wohl ist die Besetzung des linken Rheinufers von großer Bedeutung, aber mit Ausnahme von Köln, dem englischen Sektorabschnitt, und einigen sonstigen Kapitalzentren, befindet sich auf dem linken Rheinufer kein großer fundierter Reichtum Preußens. Deshalb müßte dem Pufferstaat auch derjenige Teil des rechten Rheinufers angegliedert werden, der Frankfurt am Main und Umgegend, das Ruhrgebiet und die Düsseldorfer Industrie umfaßt.

Köln wird in vier Jahren geräumt, Koblenz wohl auch. Wenn vorher die rechte und linke Seite des Rheines nicht angegliedert sind, können wir es erleben, daß wir Mainz und Pfalz auch aufgeben müssen. Bis dahin sind die Schulden nicht bezahlt, ist Deutschland wieder hochgekommen und bildet eine Gefahr, besonders durch seine Kohlen, seine Industrietechnik und den Rhein, der der Kanal für die Rohstoffe nach Rheinland, Westfalen und Süddeutschland ist.

Jede Verlegenheit Deutschlands ist daher zu benutzen, um damit Vorteile für uns zu erringen. Da sich England nicht allzu weit von der Küste engagieren will und wir die Landnachbarn sind, Amerika aber genug mit Japan und England zu tun hat, müssen wir, so lange wir freie Hand haben, alles tun, um uns festzusetzen und unsere Alliierten vor eine vollendete Tatsache zu stellen.

Vom nächsten Weltkrieg werden wir weniger berührt als England, Amerika und Japan. Innere Unruhen politischer Art sind kaum zu befürchten, wobei Elsaß-Lothringen stark entgegenzukommen ist. Die Sozialisten sind ja schon bei uns zurückgedrängt.

Deutschland wäre am besten in fünf bis sechs größere Bundesrepubliken zu zerlegen, und zwar: 1) Bayern, Baden, Württemberg. 2) Rheinische Republik mit beiden Ufern. 3) Im Norden Pommern, Mecklenburg, Hannover, Oldenburg und Schleswig-Holstein, die in der Hauptsache agrarisch sind; die Hansestädte sind dann belanglos. 4) Thüringen und Sachsen als Industriezentren und als Mitteldeutsche Republik. 5) Berlin mit Schlesien und einem kleineren Teil Pommerns mit der Mark als kleine Republik in der Art wie Wien und Budapest.

Weiter heißt es in den Richtlinien, die Gegensätze innerhalb der deutschen Koalition seien klug auszunützen. Man müsse zugleich die mittlere kapitalistische Richtung in Deutschland und die U. S. P. für Frankreich interessieren und als negative Bundesgenossen gegen Berlin benützen. Eine zielbewußte Politik werde Frankreich in ein bis zwei Jahren in Besitz dessen setzen, was Foch wolle, ohne ernstlichen Widerstand Deutschlands und der Bundesgenossen Frankreichs.

*

An der Echtheit dieser Richtlinien braucht man nicht zu zweifeln. Denn die Vernichtungspolitik der französischen Regierung bildet den besten Beweis für die Richtigkeit dieser Richtlinien. Der jüngste Gewaltakt Frankreichs deckt sich vollkommen mit den hier wiedergegebenen Plänen. Viel neues enthält das Dokument übrigens nicht. Es sind die alten Forderungen der französischen Chauvinisten und ihres Wortführers Marschall Foch, der ja schon während der Friedenskonferenz in seinen zahlreichen Eingaben und Gutachten immer wieder die Schaffung eines rheinischen Pufferstaates verlangt hat.

Immerhin verdienen einige Sätze besondere Beachtung. In den Richtlinien wird gesagt, Frankreich müsse seine Alliierten „vor eine vollendete Tatsache stellen." Das hat die französische Regierung unter Benutzung der Ruhrwirren durch die Besetzung des Maingaues erst vor kurzem versucht. Hierdurch sollte die Verwirklichung der Pläne der französischen Militaristen eingeleitet und die Trennung Süddeutschlands von Norddeutschland angebahnt werden. Der Versuch ist aber an der geschlossenen Haltung des deutschen Volkes und an dem Widerstand der Alliierten gescheitert.

Daß, wie es in den Richtlinien ferner heißt, Frankreich jede Verlegenheit Deutschlands auch weiterhin benutzen wird, daran ist nicht zu zweifeln. Der französische Militarismus wird sie nicht nur benutzen,

Der Habermeister.

Ein Volksbild aus den bayrischen Bergen.

Von Hermann Schmid.

(Nachdruck verboten.)

1.

„Kruzifürken, was ist denn das für ein Wirtshaus, wo man die Leut' verdursten läßt? Eingeschenkt oder die Kellnerin aufgehängt!" so schrie ungeduldig mit dem Zinndeckel eines Steinkruges klappernd, ein dickleibiger Mann in halber Bauerntracht, der eben vor dem Wirtshause an der Kreuzstraße angekommen war und neben den zum Eingange hinaufführenden Stufen Platz genommen hatte. Das Gasthaus mit den blanken, weißgetünchten Wänden, den vielen hellen Fenstern und den grünen Läden dran, mit dem stattlich verzierten hohen Giebel stand recht einladend in Mitte einer großen Waldblöße, gerade da, wo zwei bedeutende Straßen senkrecht einander kreuzten. Der Wald, war nach allen Seiten ziemlich weit zurück gelichtet, bis an seine Ränder hin wechselten grüne Wiesenstreifen mit braunen Ackerbreiten und leeren Saatfeldern, auf denen die Stoppeln mit weißen, lang hinwehenden Spinnenfäden wie mit geschwenkten Fahnen verkündeten, daß der Herbst bereits ernstlich seinen Einzug gehalten. Es war hohe Mittagszeit, der Sonnenschein lag hell und heiß auf Wald und Blöße, und wenn manchmal ein leiser Lufthauch vorüberstrich, brachte er den Harzduft der Tannen mit, den die Schwüle ausbrütete unter dem dunklen, grünen Gezweig.

Nirgends war Schatten zu erspähen; nicht einmal an den schmalen Sitzreihen und den noch schmäleren Tischen vor dem Wirtshause, nur über den Heckenzaun des grasigen Baumgartens sahen die Kronen einiger Obstbäume herüber. — der Bauer verschmäht es, für die Bequemlichkeit eines schattigen Sitzes zu sorgen, und wenn er zur Schenke geht, hockt er am liebsten engedrängt in niedriger Stube, fast als wollte er sich flüchten und abschließen vor der freien Natur, der er sonst tagüber angehören muß.

Der Stufenvorsprung des Eingangs mit seinem Dachgebälke und dem schräg davon abfallenden Schatten bildete das einzige kühle Plätzchen und war deshalb gleich den anderen Tischen und Bänken bereits vollauf mit Gästen besetzt; dennoch war der ankommende dicke Mann in Hemdärmeln, den Rock über die Achsel geworfen, einen derben Stock in der Hand und einen noch derberen Fanghund hinter sich, unbekümmert und fest geradezu auf den kühlen Winkel losgesteuert, gleich als verstände es sich von selbst, daß da und nirgends anderswo ein Platz für ihn vorhanden sein müsse. Er täuschte sich auch nicht in dieser Erwartung, denn die bereits seßhaft gewordenen Bauern hatten bei seinem Erscheinen nichts Eiligeres zu tun, als recht nahe aneinander zu rücken, damit er ja in der innersten Ecke, wo es am bequemsten und kühlsten war, seine Stelle finde; unverkennbar, weil er sich selbst das Ansehen gab und weil er reich war; das verriet nicht nur die schwere Reihe von Silbermünzen, welche als Knöpfe über den stattlichen Bauch spannten, sondern noch mehr der breite, wohlgefüllte lederne Geldgürtel um seine Hüften. Während er sich mit aller Wucht auf den Brettersitz niedergleiten ließ, löste er den Gurt und warf ihn wie achtlos neben sich, trocknete sich mit dem Hemdärmel den Schweiß von dem fetten, roten Gesicht und erwiderte mit gnädigem Nicken die Grüße der Anwesenden, welche ihn willkommen hießen.

Zur andern Seite des Stufenaufgangs, in der gegenüberliegenden Ecke, fast unmittelbar neben der Tür des Pferdestalls, war ebenfalls eine Bank mit einem gebrechlichen Tische davor angebracht; an diesem saß völlig abgeschieden von den übrigen Anwesenden, ein einzelner Gast, ein Bauer von hagerer Gestalt und mit magerem, verkümmertem Angesicht, das durch die graugemischten Stoppeln des nicht abgenommenen Bartes einen Ausdruck von Verwilderung und Verkommenheit erhielt, welcher durch den schadhaften und unsaubern Anzug nur erhöht wurde. Ein schmieriger, großer Sack, der neben ihm unterm Tische lag und durch dessen Löcher allerlei bunte Lappen hervorsahen, ließ erkennen, daß es das Wandergewerbe des Lumpensammlers war, was er betrieb. Niemand kümmerte sich um den Abgesonderten, er aber schien wohl wahrzunehmen und zu hören, was an den andern Tischen geschah, denn auch er versäumte nicht, dem Angekommenen seinen Gruß zuzurufen.

Dieser wendete sich halb nach der Richtung, von welcher der Ruf kam, und blickte den Mann, als wolle er sich überzeugen, daß er recht gesehen und gehört, mit einem kurzen Blicke höhnischer Verwunderung an, dann wandte er sich, ohne einen Laut zu erwidern, geringschätzig ab und rief den Uebrigen mit lauter Stimme zu: „Wie kommt denn der Lump daher, daß der sich noch in einem Wirtshaus blicken lassen darf unter ehrlichen Leuten?"

Ueber die Wangen des Ausgestoßenen flog eine rasche Röte, er drehte sich ab und stützte Kopf und Gesicht, wie um sie zu verbergen, in die aufgestemmten Hände, dann erhob er sich halb, es war, als kämpfte er mit sich selbst, ob er schweigend sich entfernen und der Unbill weichen, oder ob er derselben zur Abwehr entgegentreten solle.

Die Bauern hatten vorher auch nicht mit einem Blicke auf ihn geachtet, und wenn sie ihn gewahr geworden, so waren sie mit seiner stillschweigenden Ausschließung ganz einverstanden.

(Fortsetzung folgt.)

sondern sogar selbst schaffen. Nach Ansicht italienischer Blätter haben französische Kreise auch bei der Entstehung der Ruhrwirren ihre Hand im Spiele gehabt.

Bemerkenswert ist auch die Instruktion an die französischen Offiziere, man müsse versuchen, die Unabhängigen für Frankreich zu interessieren und als negative Bundesgenossen gegen die deutsche Regierung gewinnen. Wir wollen hoffen, daß sich kein Deutscher, zu welcher Partei er sich auch bekennen mag, zu einem solchen Hochverrat hergeben wird.

Nach Millerands Niederlage wird die französische Annexionspropaganda vielleicht in der nächsten Zeit nicht allzu offen bemerkbar betrieben werden. Es wäre aber verfehlt, an eine vollständige Neuorientierung der französischen Politik zu glauben. Marschall Foch und die französischen Nationalisten werden, dessen können wir sicher sein, ihre „zielbewußte Politik" weiter verfolgen. Von deutscher Seite wird diesen Machenschaften die gebührende Beachtung geschenkt werden müssen.

Nationalversammlung.

— Berlin, 13. April 1920.

Die Besprechung der Regierungserklärung.

Die Nationalversammlung erledigte in ihrer heutigen Sitzung zunächst die kleinen Anfragen. Nach ihnen trat das Haus in die Beratung der Regierungserklärung ein. Als erster Redner kam zu Wort

Abg. **v. Payer** (Dem.): Die deutsche demokratische Fraktion ist mit den Ausführungen des Reichskanzlers im wesentlichen einverstanden. Der Empörung und dem Protest wegen der Vergewaltigung des Maingaues durch Frankreich, das freventlich den Frieden gebrochen hat, schließen wir uns an. Unserer Reichswehr danken wir für ihre Aufopferung und Tapferkeit, sowie für die Selbstbeherrschung, die ihr das allgemeine Vertrauen des Volks erhält. Die Einrichtungen zum Schutze der Einwohner müssen dem Friedensvertrage angepaßt werden, niemals aber dürfen friedliche Bürger schutzlos den zuchtlosen Horden preisgegeben werden. Jede Art der Nebenregierung ist zurückzuweisen. Der Reichskanzler hat mit seinen Ausführungen selbst die Grenze festgestellt, die zu überschreiten die demokratische Fraktion keiner Regierung, der sie angehören wird, gestatten wird. (Stürm. Zustimmung bei den Dem.)

Abg. **Hue** (Soz.): Die Schuld an den vergangenen schrecklichen Wochen trägt Kapp und seine Hintermänner. Wir waren beim Aufstieg. Die Bergleute waren bereit, mehr zu arbeiten. Da brach dieser Kapp-Putsch aus wie ein Hagelwetter. Ohne die Abwehr der Arbeiter hätten wir jetzt ein Parlament der Kappisten. Von Bolschewismus war zunächst nichts zu merken. Hätten sich nur die Offiziere offen und unzweideutig auf den Boden der Reichsverfassung gestellt! Dann hätte die unglückliche und ungeschickte Agitation gegen die Reichswehr nicht die Folgen gehabt! Das Bielefelder Abkommen wurde sofort in den alten sozialdemokratischen Bezirken anerkannt. Anders war es in dem Gebiet nordwestlich der Ruhr, das wir als „Wildwest" kennen. Dort wurde der Kampf fortgesetzt von Elementen, die weder Bolschewisten noch Kommunisten sind, wenn sie sich auch so nennen. Diese Elemente wollen lediglich mit der Waffe in der Hand sich bereichern. (Sehr richtig!) Unter diesen Umständen haben auch Führer der Unabhängigen und Kommunisten den Einmarsch der Reichswehr gefordert. Und es ist darum eine ungeheuerliche Tat der französischen Regierung, daß sie durch den Einmarsch ihrer Truppen praktisch das Verbrechergesindel unterstützt, das uns im Ruhrgebiet eine ganze Woche lang in Schrecken versetzt hat. (Sehr richtig!) In Oberschlesien übt der französische Militarismus eine eigene Art bei der Durchführung seiner Befreiermission, sodaß wir dort jeden Tag mit dem Ausbruch eines allgemeinen Generalstreiks rechnen. (Hört, hört!) Die Regierung hat das Aeußerste getan, um den Truppeneinmarsch in das Ruhrrevier nicht notwendig zu machen. Es mußte aber sein. Jetzt muß jedenfalls nicht auf Rache gesonnen, sondern für allgemeine Beruhigung gesorgt werden. Wir vermissen die Mitteilung des Reichskanzlers, was denn mit den Kappisten geschehen solle, mit den geistigen Urhebern. Solange wir noch eine Gefahr von rechts haben, kann sich jedenfalls die Arbeiterschaft nicht waffenlos machen lassen. Severing gebührt der größte Dank für seinen ruhigen Entschluß. Ueber das Verhalten der Gewerkschaften ist viel gezetert worden. Ich stelle fest, daß die gewerkschaftlichen Organisationen sich vom ersten Tage an auf den Boden der Demokratie gestellt haben. So gewaltige Organisationen haben wohl das Recht zu verlangen, daß ihre Forderungen berücksichtigt werden. Eine Nebenregierung kann man das nicht nennen!

Abg. **Trimborn** (Ztr.): Durch den Einmarsch der Truppen in das Ruhrgebiet ist der Friedensvertrag nicht verletzt worden. Wir müssen die Reichseinheit unter allen Umständen aufrecht erhalten. Deshalb begrüßen wir die Erklärung des bayerischen Ministerpräsidenten, daß er fest auf dem Boden des Reiches stehe. Weite Kreise der rheinischen Bevölkerung wünschen wohl eine andere Stellung des Rheinlandes, aber keine Loslösung vom Reiche. Wir haben es abgelehnt, zum Generalstreik aufzufordern, aber man konnte es verstehen, wenn das verfassungstreue Volk schließlich zur Waffe des Generalstreiks griff; doch die gemachten Erfahrungen haben die großen Gefahren dieses Kampfmittels gezeigt. In weiten Kreisen meiner Partei ist man durchaus nicht einverstanden mit allem, was von der Regierung im Ruhrgebiet geschehen ist. Die Regierung hat nicht konsequent genug durchgegriffen, sie hat oft Zaudern und Schwanken gezeigt. Große Bedenken hat bei vielen meiner Parteifreunde das Bielefelder Abkommen hervorgerufen, das noch weit über die bekannten acht Punkte hinausgeht. Gegen die Tätigkeit des Reichskommissars Severing bestehen große Bedenken in weiten Kreisen. Der Reichskanzler sollte prüfen, ob die Reichskommissare nicht recht bald abberufen werden können. In dieser einseitigen Heranziehung von Sozialdemokraten liegt eine schwere Gefahr für die Koalition. Den Vorgängen im Vogtland scheint die Regierung nicht genügend Aufmerksamkeit zu widmen. Was soll jetzt geschehen? Die staatliche Autorität muß in vollem Umfange mit Nachdruck hergestellt werden. Mit strengsten Mitteln ist die Waffenablieferung durchzusetzen. Wird das Standrecht nicht aufrecht erhalten, dann brauchen wir einen Ersatz. Wo solche Bestien gehaust haben, wäre Milde eine unverzeihliche Schwäche. Wenn es noch einmal losgeht, so würde es nur noch schlimmer. Deshalb muß der Staat nach allen Seiten seine Pflicht tun. Wir brauchen ferner die schärfste Einwohnerkontrolle. Eine starke Polizei muß dafür sorgen, daß alle verdächtigen Ausländer beseitigt werden.

Wir müssen die Reichswehr hochhalten als mächtigste Säule des Vaterlandes. Die Regierung habe ich viel kritisieren müssen. Sie ist eine Koalitionsregierung, und wir gehören erfreulicherweise ihr an. Ich beabsichtige nicht, von der Koalition abzurücken, ich will sie im Gegenteil stärken. Gegenüber den Bewegungen von rechts und von links, die wir jetzt erlebt haben, brauchten wir eine starke Mitte. Ohne die Koalition, sie ist diese starke Mitte, gleitet das Vaterland in den Abgrund. Die beiden Diktaturen, die Militärdiktatur auf der einen, und die bolschewistische oder kommunistische Republik auf der anderen Seite sind der Tod des Vaterlandes.

Augenblicklich droht die Gefahr von links.

(Unruhe bei den Soz.) Ehrlich gesprochen, der Vorstoß der Gewerkschaften bewegt sich doch in der Richtung der von mir gekennzeichneten Diktatur. Der Reichskanzler hat mit aller Entschiedenheit und Klarheit festgelegt, daß die Reichsregierung solchen Bestrebungen nicht nachgeben würde. Ich danke ihm für diese entschiedenen Worte. Deutlich klang auch aus der Rede von Payers heraus, selbstverständliche Voraussetzung für das Festhalten an der Koalition sei das Festhalten an der Verfassung und Demokratie. Damit ist die Grenzlinie nach links klar und deutlich gezogen, und ganz einmütig steht unsere Fraktion auf dem Standpunkt, daß sie auch hier gezogen bleiben muß. (Lebh. Beifall im Zentrum.)

Reichskanzler **Müller** wandte sich sogleich gegen die Ansicht des Vorredners, daß die Gefahr von rechts mit dem Zusammenbruch des Kapp-Putsches vorbei oder wenigstens nicht mehr aktuell sei. Wir seien leider noch nicht in der Lage gewesen, mit den nötigen militärischen Machtmitteln vorzugehen gegen die Gefahr von rechts, die immer wieder heraufziehe in Pommern und Schlesien.

Die deutsche Auswanderung.

Deutschland geht schweren Zeiten entgegen. Jeder Deutsche muß sein Leben lang schwer und hart und lange arbeiten, um die Folgen des Krieges zu verwinden. Und weil manchem dazu die moralische Kraft fehlt, auch die Aussichtslosigkeit im Vorankommen infolge der neuen Steuern gerade die tatkräftigen Elemente abschreckt, hat sich eine rege Auswanderungslust entwickelt, die zur Zeit durch die schlechte Valuta aufs äußerste gehemmt wird, die aber größere Bedeutung erlangen muß, sobald unser Geld im Auslande wieder zu Wert kommt.

Da fällt nun alles Mögliche über die Auswanderungslustigen her, um fette Verdienste aus den Staatskassen der menschenleeren exotischen Staaten einesteils und aus den Taschen der Auswanderungsinteressenten andererseits herauszulocken. Wie es in dieser Hinsicht aussieht, zeigt folgende Notiz, die die Arbeitsgemeinschaft für deutsches Wanderungswesen verbreitet:

„Die deutsch-brasilianische Wirtschaftsvereinigung in Hamburg, eine Tochtergründung des berüchtigten „Schutzbundes Deutscher Auswanderer", treibt ungescheut im ganzen Lande ihr gemeinschädliches Unwesen. Sie macht ihr Geschäft an allen, die hoffen, billig nach Brasilien zu kommen, durch das Angebot der brasilianischen Regierung, Landwirten in gewisser Zahl freie Ueberfahrt zu gewähren. Sie hat es verstanden, sich an Organe des brasilianischen Generalkonsulats in Amsterdam heranzumachen, die mit der Zulassung zur Ueberfahrt zu tun haben und scheinbar erreicht, daß nur ihre Mitglieder angenommen, jedenfalls tatsächlich vor andern bevorzugt werden. Sie geht jetzt werben im ganzen Land damit, man solle Mitglied werden, um frei nach Brasilien zu kommen und läßt sich für Erwerbung dieser Mitgliedschaft 250 bis 700 Mark zahlen. Sie bewuchert damit die Auswanderer um ihre letzten Groschen, die sie gerade durch die Freifahrt sparen könnten und drüben bitter entbehren werden, leistet selbst nichts dafür und ihr sauberer Spießgeselle in Amsterdam erhebt noch eine Kopfsteuer von 80 bis 160 Mark dazu. Es ist schmachvoll, daß eine deutsche Gesellschaft an Deutschen solchen Wucher ausübt. Hüte sich jeder vor der Vereinigung; jeder, der sonst geeignet ist, hat ein Recht darauf, ohne solche Opfer zugelassen zu werden. Es muß dafür gesorgt werden, daß jedem dies Recht wird; es ist hohe Zeit, daß amtliche Stellen diese Wucherer unschädlich machen."

•

Das ist starker Tabak, was die genannte Gesellschaft hier einer anderen vorwirft, aber mit der Erklärung vorwirft, daß sie für ein Risiko einstehe. Angesichts solcher Dinge fragt man sich erstaunt:

Warum greift die Regierung nicht energisch ein?

Man wird diese Frage überhaupt weiter ausgreifen lassen: Warum unternimmt die Regierung nichts gegen die Auswanderungsagitation überhaupt? Glaubt sie, daß wir Menschen entbehren können? Ist es ihr nicht klar, daß die Erfüllung der uns auferlegten Kriegslasten nur möglich sein wird, wenn das ganze Volk in unverminderter Zahl Hand anlegt?

Es fehlt nicht an Handhaben, der § 144 des Strafgesetzbuches sagt:

„Wer es sich zum Geschäfte macht, Deutsche unter Vorspiegelung falscher Tatsachen oder wissentlich mit unbegründeten Angaben oder durch andere auf Täuschung berechnete Mittel zur Auswanderung zu verleiten, wird mit Gefängnis von einem Monat bis zu zwei Jahren bestraft."

Es braucht also nur zugegriffen zu werden. Noch nie ist diese Bestimmung von so großem Belang gewesen wie heute. Aber noch nie hat man ihr so gleichgültig gegenübergestanden wie heute. Die Arbeitslosigkeit spricht nicht dagegen; denn die Regierung muß eben dafür sorgen, daß mit der Abwürgung der Unternehmertatkraft eines Tages Schluß gemacht wird, daß wir alle unsere Hände in volle nützliche Beschäftigung hineinbringen. A.

Bankerott des Bolschewismus.

Die verworrenen Zustände im rheinisch-westfälischen Industriegebiet haben uns wieder einmal den Bolschewismus in Reinkultur mit all seinen schrecklichen Folgen und Begleiterscheinungen vor Augen geführt. Hunger, Not und Elend sind in den wenigen Tagen der Räteherrschaft im Lande eingekehrt. Raub, Mord und Plünderung, das sind die „Segnungen des Bolschewismus". Hilferufe aus allen Kreisen der Bevölkerung, Bürgertum und Arbeiterschaft, treffen ununterbrochen bei der Reichsregierung ein. Das deutsche Volk hat kein Verständnis für die Einführung russischer Zustände und lehnt die Rätediktatur nach russischem Muster ganz entschieden ab. Der wirtschaftliche Ruin und Niedergang des russischen Volkes ist ihm ein warnendes Beispiel. Sowjetrußland ist heute durch den Bolschewismus zu Grunde gerichtet, der Bolschewismus selbst steht vor dem Bankerott. Alle Schönrederei der Kommunisten kann darüber nicht hinwegtäuschen.

Der soeben aus Sowjetrußland geflüchtete russische Dichter Mereschkowski gibt in der Wilnaer „Przysglose" („Zukunft") folgendes traurige Bild von der gegenwärtigen Lage in Sowjetrußland:

„Der Boden des Bolschewismus ist unterminiert. Die Kräfte, die gegen das herrschende Regime wirken, sind die Intellektuellen, welches dieses Regime hassen, die Bauern, die Ordnung und Ruhe statt des ewigen Krieges heiß ersehnen und eine neu gebildete Schicht des vermögenden Bürgertums, welche sich anschickt, den Platz des alten einzunehmen.

Die Militärmacht Sowjet-Rußlands ist eine Seifenblase, welche sofort platzen wird, wenn man sie mit einem Nagel durchsticht. Die Rolle dieses Nagels könnten Polen und Rumänien spielen. Die Besetzung von Smolensk würde die bolschewistische Herrschaft ihrem Ende nahe bringen.

In Rußland selbst hat sich der Bolschewismus bereits überlebt und deshalb strebt er nach dem Westen, da er fühlt, daß sein wahres Wesen dort unbekannt ist. Wenn der Westen Frieden mit den Bolschewisten schließt, wird Rußland in den Abgrund stürzen und mit ihm auch das ganze Europa. Denn daß der Bolschewismus sich evolutioniert, ist eine Lüge. Die Bolschewisten werden nie aufhören, von der Weltrevolution zu träumen."

Ueber das Leben der akademischen Jugend in Rußland befragt, antwortete der Dichter, daß es dort keine solche Jugend mehr gibt. Ein Teil befindet sich in den Konzentrationslagern, der andere Teil ist geflüchtet. Die Professoren werden zu physischen Zwangsarbeiten gebraucht.

*

Aus den wenigen Worten des russischen Flüchtlings läßt sich das ungeheure Elend des russischen Volkes erkennen. Tausende andere viel schrecklichere Schilderungen ließen sich geben, aus allen spricht der ungeheure Jammer und die Verzweiflung von Millionen Menschen über den frevelhaften Betrug des Bolschewismus. Das Schicksal des russischen Volkes und die traurigen Vorgänge im Ruhrgebiet sind ein warnendes Beispiel für das deutsche Volk!

Der Terror im Vogtland.

Hölz' weitere Erpressungen.

Noch immer treibt der Räuber Hölz mit seiner dreihundertköpfigen Leibgarde sein Unwesen im Vogtlande. Aus Angst vor der anrückenden Reichswehr hat er seine Residenz in dem Grenzort Klingenthal aufgeschlagen, um im gegebenen Augenblick über die deutsch-böhmische Grenze entweichen zu können.

Unter dem Druck der Verhältnisse haben sich die Klingenthaler Fabrikanten — Klingenthal ist der Mittelpunkt der deutschen Musikinstrumentenfabrikation — bereit erklärt, eine Million Mark zur Bildung der Roten Garde an Hölz zu zahlen. 400 000 Mark waren im Orte selbst aufzutreiben und wurden an Hölz sofort ausgezahlt. Die Restsumme von 600 000 Mark sollen zwei Bankbeamte von der Vogtländischen Bank in Plauen abholen. Diese trafen Montag nachmittag in einem Hölzschen Automobil dort ein; als sie auf der Bank die Summe abheben wollten, wurden die beiden Beamten und der Chauffeur von der Plauener Polizei verhaftet. Als dies in Klingenthal bekannt wurde, drohte Hölz den Klingenthaler Bürgern mit Gegenmaßregeln. Es wurden Verhandlungen mit Plauen geführt, die das Ergebnis hatten, daß die Verhafteten auf freien Fuß gesetzt wurden und die 600 000 Mark zur Abholung bereit gestellt wurden.

Am Abend hatte Hölz seine Million in Händen.

In Klingenthal hat Hölz den Generalstreik proklamiert. Das Falkensteiner Schloß ist von der Roten Garde völlig ausgeplündert worden. Der Vollzugsausschuß des Arbeiterrates in Oelsnitz i. Vogtl. hat sich aufgelöst, nachdem der Führer Rudert geflüchtet ist. In Adorf und Bad Elster sind auf Verlangen des Roten Vollzugsausschusses von den ansässigen Fabrikanten 150 000 Mark zur Bildung einer Roten Garde bezahlt worden. Der Vollzugsausschuß hat von den Fabrikanten die wöchentliche Zahlung von 60 000 Mk. verlangt, die für den Ordnungsdienst der Roten Garde bestimmt sein sollen. In der Stadt Plauen selbst herrscht Ruhe. Der Aufforderung zum Generalstreik wurde nicht Folge geleistet

Das Vogtland völlig eingeschlossen.

Inzwischen werden die militärischen Maßnahmen mit größter Beschleunigung durchgeführt, um die Leidenszeit der bedrohten Bevölkerung nach Möglichkeit abzukürzen. An den Operationen, die von Generalmajor Senfft von Pilsach im Auftrage des Reichswehrministers geleitet werden, sind außer sächsischen auch bayerische und preußische Truppen beteiligt, die zum Teil direkt aus dem Ruhrgebiet kommen. Die

Truppen sind vom Norden aus der Gegend von Chemnitz und von Südosten von Hof her im Anmarsch. Das Vogtland ist bereits von den Truppen eingeschlossen, so daß ein Entweichen der Mordbrenner ausgeschlossen erscheint, wenn er nicht von den Tschechen interniert werden will. Verschiedene kleinere Trupps der Hölzschen Armee haben aber auch bereits die tschechische Grenze überschritten. Sie wurden von tschechoslowakischen Soldaten entwaffnet und interniert. Die Tschechen haben ihre Grenzwachen durch zwei Bataillone Infanterie verstärkt. Die Verhandlungen, die Hölz mit der tschechischen Grenzkommission führte, zu dem Zweck, ihm und seiner Bande den Uebertritt auf tschechisches Gebiet zu ermöglichen, sind gescheitert, da die tschechische Regierung darauf bestand, die ganze Bande zu internieren und auf Verlangen an die deutsche Regierung auszuliefern.

Politische Rundschau.

— Der greise Zentrumsführer, Justizminister a. D. Dr. Spahn ist nicht unbedenklich erkrankt. Spahn ist 75 Jahre alt.

— Die interalliierte Abstimmungskommission in Oppeln hat bestimmt, daß Gemeinde und Kreis Hindenburg (Oberschlesien) den Namen Zabrze (Hindenburg O.-S.) zu führen hat.

— Der Deutsche Bauernbund, Abteilung Bayern, hat beschlossen, für die kommenden Reichstagswahlen das Wahlbündnis mit der demokratischen Partei aufrecht zu erhalten.

— Der Abtransport der Marinebrigade Ehrhardt aus dem Döberitzer Lager hat begonnen. Die Offiziere tragen Waffen, die Soldaten sind nicht bewaffnet.

* Wilson hat einen Rückfall erlitten. Die Nachrichten über den Gesundheitszustand des Präsidenten sind beunruhigend.

* Die Regierung der Negerrepublik Haiti hat ohne triftigen Grund und ohne gesetzliche Handhabe die in Haiti seit Jahrzehnten ansässigen Deutschen, etwa 60 an der Zahl, ausgewiesen.

*

:: **Bayern fest auf dem Boden des Rechts.** Die „Bayerische Staatszeitung" hat auf Veranlassung des bayerischen Ministerpräsidenten folgende Notiz gebracht: „Die „Münchener Post" bringt in Nummer 85 vom 12. April Erklärungen, die der Ministerpräsident zu einer Abordnung der Bezirksführer der Münchener Einwohnerwehr abgegeben haben soll. Diese Erklärungen sind in wichtigen Punkten nicht richtig wiedergegeben. Wir sind zu der Feststellung ermächtigt, daß der Ministerpräsident sich keineswegs dahin geäußert hat, daß Bayern nötigenfalls seinen Weg selbst auf Kosten einer vorübergehenden Trennung Bayerns vom Reich weitergehen werde. Der bayerische Ministerpräsident steht fest auf dem Boden des Reiches und hat sich nicht in vorstehendem Sinne geäußert. Es liegt hier ein sehr bedauerliches Mißverständnis vor. Auch in der Einwohnerwehrfrage wurde der verfassungsmäßige Weg, der Weg der Vorstellung bei der Reichsregierung, niemals verlassen."

:: **Die Mark steigt — der Franken fällt.** Wir bekommen Gesellschaft. Der Kurs des französischen Franken fällt von Tag zu Tag mehr. Am Montag abend wurde in Saarbrücken nur noch 2,70 Mark für den Franken gezahlt. Im wilden Straßenhandel zahlte man sogar nur noch 2,50. Wenn die Aufwärtsbewegung der Reichsmark anhält, dürften wir den Frankkurs bald erreicht haben.

:: **Die Lage im Ruhrrevier** ist immer noch nicht ganz geklärt. Die Waffenabgabe ist sowohl im südlichen wie im nördlichen Tei völlig ungenügend. Die Reichsminister Dr. Bell und Giesberts weilen zurzeit im Industriebezirk, um sich über die Lage zu unterrichten und die Frage zu prüfen. Außerdem weilt auch der neue parlamentarische Unterstaatssekretär im Reichswehrministerium Stock (Soz.) in Münster, um die Beschwerden über angebliche Ausschreitungen der Reichswehr zu prüfen. An Regierungsstellen besteht der Wunsch nach möglichst schleuniger Zurückziehung der Truppen aus der neutralen Zone, es ist jedoch noch sehr fraglich, wann mit dem Abtransport der Truppen begonnen werden kann, da, wie bereits oben gesagt, die Waffenabgabe bis jetzt noch sehr unzulänglich ist. Besonders in Elberfeld-Barmen ist die Entwaffnung der roten Banden nur in sehr geringem Maße erfolgt. — Die Nachricht, daß die im Ruhrrevier operierenden bayerischen Truppen beschlossen hätten, in Zukunft keine Kampfhandlungen mehr zu übernehmen, weil die nach Berlin zur Berichtigung der kommunistischen Greueltaten entsandten Vertrauensleute nicht empfangen worden seien, wird von zuständiger Stelle als niederträchtige Erfindung bezeichnet.

Erhöhung des Brotpreises.

Der Reichsrat hat in seiner letzten Sitzung den Entwurf einer Verordnung zur Ergänzung der Verordnung über Zahlung von Ablieferungsprämien für Brotgetreide, Gerste und Kartoffeln vom 13. Dezember 1919 angenommen.

Es handelt sich hierbei um eine wesentliche Erhöhung der Brot- und Kartoffelpreise. Es ist ein Defizit von 4,7 Milliarden entstanden. Der bis zum 1. April sich auf 1,7 Milliarden belaufende Betrag ist vom Reich zu übernehmen. Für den Rest des Wirtschaftsjahres wird der Mehlpreis auf 102 Mark für den Doppelzentner erhöht und außerdem die von den Kommunalbehörden zu zahlenden Vergütungen auf 92 Mark. Die Preise für 1 Kilogramm Brot, die infolge des neuen Prämiensystems am 1. Januar bereits auf 1,40 Mk. gestiegen sind, werden infolgedessen eine weitere Erhöhung auf ungefähr 2 Mark erfahren. Im Ausschuß wurden die politischen und wirtschaftlichen Bedenken dieser Maßnahme nicht verkannt, jedoch überwog die Ansicht, daß es angesichts der Finanzlage des Reiches mit dem bisherigen System der Reichszuschüsse nicht weitergehen könne.

Weniger bedenklich erschien dem Ausschuß die Erhöhung des Zuschlages auf die Grundpreise der Kartoffeln, die **von 2,50 Mark auf 5 Mark erhöht** werden sollen. Auch hier sind die gleichen Gründe maßgebend. Es handelt sich um eine Mehrausgabe bei der Reichskartoffelstelle von ungefähr 770 Millionen Mark.

Aus Laasphe und Umgegend.

—* Der April hat sich bis heute zwar einigermaßen seinem Namen entsprechend aufgeführt, immerhin können wir aber mit ihm zufrieden sein. Zwar Regen und Sonne, Sturm und Maienhauch, warme Luft und kalte Schauer gab's bisher dies Jahr wie alle Jahre. Trotzdem hat aber der April es, namentlich mit der Natur draußen, recht gnädig gemeint. Und vor allem eins: er hat sie ein gut Stück vorwärts gebracht. An allen Büschen und Sträuchern ist inzwischen auch das letzte grüne Blättchen hervorgekommen; um die Kronen der Bäume liegt es lichtgrün, und selbst diejenigen Obstbäume, die erfahrungsgemäß in jedem Frühjahr zuletzt ihren Laubschmuck anlegen, beginnen die ersten Blätter zu bilden. Auch der Landwirt draußen ist mit dem Zustande von Feld und Flur durchaus zufrieden. Das Wintergetreide zeigt eine normale Entwicklung, und die Frühjahrsbestellung geht überall ohne Verzug vor sich. Hoffen wir also, daß es ein normaler Sommer werden wird, wie wir in unserem Vaterlande ihn gerade in diesem Jahre notwendig brauchen können.

—* Wieder Sonntagsverkehr auf den Eisenbahnen. Wie verlautet, ist von Mitte Mai ab mit der Wiedereinführung des Sonntagsverkehrs auf den Eisenbahnen zu rechnen. Es wird sich zunächst um einen beschränkten Verkehr handeln, soweit dies zur Beseitigung von, Härten und zur Vermeidung schwerer wirtschaftlicher Schädigungen für Kur- und Ausflugsorte und besonders für den Verkehr der Großstädte unumgänglich notwendig ist. Voraussetzung ist, daß die Betriebs- und Kohlenlage die Wiederaufnahme des Verkehrs gestattet.

—* Neue Wahlkreiseinteilung. Nach der neuen Wahlkreiseinteilung gehören wir hier zum 58. Wahlkreis: Lüdenscheid. Dieser setzt sich zusammen aus dem Stadtkreis Lüdenscheid, den Kreisen Altena, Arnsberg, Brilon, Meschede, Olpe, Siegen und Wittgenstein. — Die Wahlen zum Reichstag sind vom Reichsministerium auf Sonntag den 6. Juni festgelegt worden.

—* Gegen die neuen Postgebühren. In diesen Tagen wird die Nationalversammlung auch über die abermalige Erhöhung der Post- und Telegraphengebührensätze entscheiden, die für die ganze Bevölkerung eine sehr schwere, für das Gewerbs- und Geschäftsleben eine harte, ja unerträgliche Last bedeuten. Es handelt sich bei dieser Gelegenheit eigentlich darum, ob die Verteuerungen durch fortwährende Preisaufschläge gedeckt werden sollen, oder ob es nicht besser ist, zu der guten, alten Form des Sparens zurückzukehren. Die letzte Portoerhöhung ist erst zum 1. Oktober 1919, also vor 6 Monaten erfolgt. Wenn nun fortgesetzt neue Lasten der Bevölkerung auferlegt werden sollen, dann kommen wir überhaupt nicht zu Ende und wir können dann noch bei der deutschen Reichspost — früher die Bahnbrecherin für die billigen Postgebühren und wichtigster Postfortschritte — noch Phantasiepreise erleben. — So kann es auf die Dauer nicht weitergehen. Daher nochmals: Genau prüfen, ob die furchtbare Verteuerung wirklich beschlossen werden muß!

—* Wie die Eisenbahndirektion Frankfurt mitteilt, soll die beabsichtigte Einschränkung des Personenzugverkehrs nun nicht eintreten, weil sich die Kohlenversorgung neuerdings gebessert hat. Auch auf den bayrischen Strecken ist die angekündigte starke Einschränkung nicht zur Durchführung gekommen.

—* Nicht auf den Rasen setzen! Diese Maßnahmen schärfe man in jetziger Zeit, wo das junge Grün auf den Wiesen und Wegrändern so verlockend zum Niedersitzen einladet, den Kindern allen Ernstes ein, wenn sie ins Freie gehen. Das Erdreich ist zwar trocken, aber kalt, und schwere Erkrankungen können die Folgen des Niedersitzens sein.

* **Laasphe**, 15. April. Wer die Berichte aus dem benachbarten Industriegebiet und aus dem Vogtlande mit Aufmerksamkeit verfolgt hat, wird sicher zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß derartige Zustände in einem geordneten Staatswesen unmöglich geduldet werden können und sich glücklich preisen, daß in unserer engeren Heimat sich alles in ruhiger Weise weiter entwickelt. Es mag ja auch hier und da einzelne geben, die solche Zustände gerne sehen, aber es steht fest, daß die allergrößte Mehrheit, nicht nur im Wittgensteiner Lande, sondern auch in den angrenzenden Kreisen nichts davon wissen will. Wie ja jetzt immer mehr zutage tritt, war eine derartige Bewegung schon längst in Vorbereitung. Dies geht schon daraus hervor, daß Waffen und Munition an verschiedenen Stellen in reichlicher Menge verborgen gehalten waren, um sie zu geeigneter Zeit in Gebrauch zu nehmen. Der Kapp-Putsch hat die Veranlassung gegeben, daß die Bewegung früher in Angriff genommen wurde, als man eigentlich vorhatte. Die Bewegung ist, wenigstens in der Hauptsache, abgesehen von den vielen Toten und Verwundeten und den Verlusten an Hab und Gut, so ziemlich ergebnislos verlaufen und die augenblickliche Ruhe darf uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß die eigentlichen Drahtzieher noch immer heimlich an der Arbeit sind, neues Unheil über Vaterland und Volk heraufzubeschwören. Schon jetzt treffen die Eisenbahner- und Postbeamtenverbände die geeigneten Maßnahmen, um derartigen, sich wiederholenden Unruhen rechtzeitig entgegentreten zu können. — Hoffentlich ermannt sich auch endlich die Regierung dazu, alle Vorgänge, die geeignet sind, unser Vaterland in neue Unruhen zu verwickeln, rechtzeitig und mit rücksichtsloser Strenge zu unterdrücken.

-r. **Laasphe**, 15. April. Am Sonntag den 11. ds. Mts. fand im Gasthof Dickel in Leimstruth eine Versammlung der heimgekehrten Kriegsgefangenen des Kreises Wittgenstein statt, die trotz des schlechten Wetters gut besucht war. Nachdem Herr Landrat Dr. Kretschmar die Anwesenden mit warmen Worten begrüßt hatte, wurde Herrn Oberlandmesser und Major Skrodzki das Wort erteilt zu einem sehr interessanten Vortrag über Kriegsgefangene und Heimat. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde ein Hilfsausschuß neu gebildet, mit dem Herrn Landrat als Vorsitzenden und vier ehemaligen Kriegsgefangenen als Beisitzer. Es sei heute schon darauf hingewiesen, daß in etwa 14 Tagen in Laasphe eine Generalversammlung stattfinden soll, zu der auch die auswärtigen Kameraden gebeten werden.

— **Biedenkopf**, 14. April. Eine Metallwarenfabrik soll demnächst hier eingerichtet werden. Zu diesem Zwecke wurde das Kellersche Brauereianwesen von dem Metallwarenfabrikanten Schmidt zu Elberfeld gekauft, der eine größere Anzahl Arbeiter beschäftigen will.

Vermischte Nachrichten.

— **Die neuen Einreisebestimmungen für Frankfurt a. M.** Für Reisende, die vorhaben, in die von den Franzosen neu besetzten Gebiete zu reisen, sind die von der französischen Besatzungsbehörde soeben erlassenen Bestimmungen von Wichtigkeit. Es heißt da u. a.: Um von dem unbesetzten Deutschland nach dem Gebiet des Belagerungszustandes zu kommen, wird ein Paß verlangt, am besten ein Reisepaß mit Bewilligung der Besatzungsbehörden und genehmigt durch die Verkehrsbureaus Mainz, Frankfurt oder Darmstadt, wohin auch die Gesuche gerichtet werden. — Reiseverkehrskarten für die Umgegend: Die Besatzungsbehörden, der Armeeoberkommandant oder deren Delegierte genehmigen den Land- und Fabrikarbeitern, deren Wohnort und Arbeitsstätte durch die neue Verkehrsgrenze getrennt sind, Ausweise, damit die Arbeit nicht gestört wird. Diese immer wieder zu erneuernden Ausweise haben eine Gültigkeit von nicht über einem Monat. — Brief-, Post-, Telegramm- und Telephonverkehr ist im Prinzip in jeder Hinsicht frei. Es wird kontrolliert durch Postzensur.

Die Königsberger Explosion.

Die Explosionskatastrophe in dem Lager der Gesellschaft für Heeresgut nördlich Rothenstein bei Königsberg i. Pr. ist das erschütterndste und gewaltigste Unglück, das Ostpreußen jemals betroffen hat.

Zu den im Leichenschauhaus aufgebahrten etwa 100 Toten kommen noch etwa 30 an der Unfallstelle liegende, und über 100 dürften noch unter dem Schuppen und in den Explosionstrichtern verschüttet liegen, so daß sich die Gesamtzahl der Toten auf über 200 beziffert. Die genaue Zahl läßt sich nur sehr schwer feststellen, da die am Unglücksort Beschäftigten in Atome zerrissen und auch die Arbeiterzüge vernichtet wurden. Das Elend ist ungeheuer, da die Opfer meist mittellos sind. Eine öffentliche Sammlung ist bereits eingeleitet. Der in der Stadt angerichtete Sachschaden wird auf über eine Million Mark geschätzt. In den 100 Kilometer entfernten Städten Insterburg und Tilsit wurde die Explosion ebenfalls gespürt; auch dort zersprangen viele Spiegel und Fensterscheiben.

Schwere Explosion bei Aachen.

Montag nachmittag ist die Stolberger Düngerfabrik durch eine schwere Explosion in die Luft geflogen. Die Fabrik ist ein vollständiger Trümmerhaufen. In Stolberg und Umgebung wurden fast sämtliche Fensterscheiben zertrümmert, selbst bis nach Eschweiler hin. Bis jetzt wurden 20 Tote und sehr viele Verwundete, darunter viele Schwerverletzte, festgestellt. Kinder auf der Straße wurden getötet. Das Unglück soll darauf zurückzuführen sein, daß zwei Waggonladungen mit künstlichem Dünger beim Verladen explodierten. Es handelt sich um Dünger, der an der Grenze beschlagnahmt wurde und von der Wucherabteilung der Stadt Aachen zugewiesen wurde. Offenbar war der Dünger aus Munitionsresten hergestellt und hatte anscheinend noch Sprengstoffe enthalten.

** **Greueltaten der Rotgardisten im Ruhrrevier.** Nach einem Bericht der Gewerkschaft Friedrich Thyssen ist der Direktor der Zeche Lohberg, Sebold, den die Spartakisten fälschlich im Verdacht hatten, das Artilleriefeuer der Reichswehr geleitet zu haben, auf schauerliche Weise zu Tode gequält worden. Er wurde zunächst gezwungen, Munition für die rote Armee an die Front zu schleppen. Danach führte man ihn in einen Schweinestall. Am andern Morgen holte man ihn heraus, mißhandelte ihn mit Bajonetten und Mistgabeln und schleppte ihn dann in ein nahes Wäldchen, wo ihm mit einem Gewehrkolben der Schädel eingeschlagen wurde. Schließlich band man dem Toten Handgranaten auf den Kopf, die man zur Explosion brachte. Zwei an diesen Schandtaten beteiligte Leute sind verhaftet worden.

** **Briefmarken zu 10 und 20 Mark.** Demnächst sollen neue deutsche Briefmarken im Werte von 10 und 20 Mark ausgegeben werden; die Reichsdruckerei ist jetzt mit den Vorbereitungen beauftragt worden. Bisher hat sich die Reichspost gegen den Druck so hoher Wertmarken gesträubt; die neuen Portoerhöhungen lassen jedoch die Ausgabe so hoher Werte wünschenswert erscheinen.

Starkes und echtes Deutschtum!

Grundsätze der D. V. P. (Deutschen Volkspartei),

beschlossen auf dem Leipziger Parteitag 18. 10. 19.

6. Volkstum und Familie.

Die Not der Zeit, die Bedrückung durch unsere Feinde, der Haß und die Verleumdung, die dem deutschen Volke überall begegnen, machen es besonders notwendig, daß das deutsche Volk seiner völkischen Eigenart bewußt wird und alle geistigen und sittlichen Werte, die in ihm liegen, herausarbeitet. Dazu will die Deutsche Volkspartei nach Kräften mitwirken. Dagegen bekämpft sie alle Zersetzungsbestrebungen, die an Stelle des Bekenntnisses zum nationalen Staat und zum deutschen Volkstum das Weltbürgertum setzen wollen. Sie verwirft alle Bestrebungen, die unser deutsches Empfinden zurückdrängen wollen zu Gunsten internationaler, uns wesensfremder Auffassungen. Der sittliche und wirtschaftliche Wiederaufbau unseres Volkes kann nur gelingen, wenn wir zurückkehren zu den alten Grundsätzen von Treue, Ehrlichkeit, Unparteilichkeit im öffentlichen Dienst, und Unbestechlichkeit in Handel und Wandel. Alle anders gearteten Gesinnungen bekämpft die Deutsche Volkspartei, gleichviel, von welcher Seite sie kommen.

Einem auf unser Volkstum und Staatsleben zersetzend wirkenden Einfluß des Großkapitals, wie er bei demokratischer Staatsform zu befürchten ist, muß scharf entgegengetreten werden.

Die tiefste Quelle unserer Volkskraft liegt in der deutschen Familie. Je mehr die Schule unter Einflüsse kommt, die dem deutschen Wesen fremd sind, umso kräftigeren Rückhalt muß die Pflege deutscher Geschichte und deutscher Vaterlandsliebe in der Familie finden. Alles, was zum Schutz und zur Stärkung der Familie, insbesondere auch durch Boden-, Wohnungs- und Steuerpolitik getan werden kann, wird durch die Deutsche Volkspartei tatkräftigste Förderung erfahren.

7. Bevölkerungspolitik.

Die Volksgesundheit, leiblich und sittlich, zu pflegen und zu fördern, ist der Deutschen Volkspartei ernste Pflicht. Sie will das deutsche Volk deutsch erhalten und bekämpft daher insbesondere die seit der Revolution eingetretene Ueberflutung Deutschlands durch fremdstämmige Personen.

Die Auswanderung von Deutschen gilt ihr als Verlust deutscher Volkskraft und deutschen Volksvermögens. Soweit sie nicht zu verhindern ist, sind die Auswanderer fachgemäß zu beraten und so zu leiten, daß sie ihr Deutschtum und den Zusammenhang mit der Heimat behalten.

8. Auslandsdeutschtum.

Für die deutschen Minderheiten in fremden Staaten fordert die Deutsche Volkspartei das Recht auf Wahrung ihres Volkstums.

Die Pflege der Kulturgemeinschaft mit den Auslandsdeutschen als den Vertretern deutschen Gedankens, den Vorkämpfern für die Achtung des gesamten Deutschtums und den Pionieren des deutschen Handels gehört zu den vornehmsten Aufgaben des Reichs. Insbesondere sollen die gegen ihren Willen von uns losgerissenen Volksgenossen mit dem deutschen Volke geistig fest verbunden bleiben.

Lichtspiele Laasphe

Riesen-Spielplan!

Sonntag den 18., nachm. 4 Uhr u. abends 8 Uhr
und Montag den 19., abends 8 Uhr
gelangt zur Aufführung:

Caj. Julius Cäsar

der größte Soldatenkaiser des Altertums,
in **6 Aufzügen. 2 Stunden Vorführungsdauer.**
Hauptdarsteller: Sign. Ameleto Novelli der Cines-Film-Gesellsch., Rom.

Sein Strand-Liebchen.

Glänzendes Lustspiel in 3 Akten:

Sonntag großes Künstler-Konzert,
ausgeführt von der hierorts beliebten
Kapelle Pauli, Marburg.
Klavier, Geige und Klarinette.

Preise der Plätze: Ref. Platz 4,00 Mk. 1. Platz . 3,00 Mk. 2. Platz . 2,00 Mk.

Im Vorverkauf 25 Pfg. Ermäßigung.
Der Vorverkauf findet im Gasthof Koch statt.

Montag den 19., nachm. 4 Uhr voraussichtlich
große Kinder-Vorstellung.

Um zahlreichen Besuch bittet **Paul Fuchs.**

Gasthof Koch

Bekanntmachung.

Nach der Feststellung des beamteten Tierarztes ist unter dem Schweinebestande des Landwirts Heinrich Wied zu Ludwigseck die Schweineseuche ausgebrochen, was hierdurch mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnis gebracht wird, daß über das genannte Gehöft die Sperre angeordnet worden ist.

Erndtebrück, 10. 4. 20.

Die Polizeiverwaltung.
Roeßler, Amtmann.

Am Samstag abend 7½ **Uhr** soll im Gasthaus Roth mein in der Flur a. d. Gärtnerei Braun belegenes **Land,** 80 qm, meistbietend verkauft werden.

August Caufstein,
Laasphe.

Photograph. Anstalt
Ernst Eschemann
ist jeden Sonntag von 2—4½ Uhr nachm. geöffnet.

Zahntechniker
Vormhals,
Kreuztal.

Sprechstunden in Erndtebrück in der Wohnung der Witwe Rost (neben dem Amtsgebäude) **jeden Freitag von vorm. 11 Uhr bis nachm. 7 Uhr.**

Für den Haushalt einer westfäl. Landapotheke wird ein tüchtiges, zuverlässiges

Mädchen

gesucht. Angebote unter **N. N.** an die Expedition der Wittgensteiner Zeitung.

Lebensmittel.

Ab 16. April kommen in den einschlägigen Geschäften zum Verkauf:

1. auf die Lebensmittelmarke J der V-Karte
   300 Gramm Schnittnudeln
   zum Preise von Mk. 1,18 je Pfd.
   300 Gramm Ackerbohnen
   zum Preise von Mk. 3,75 je Pfd.
2. auf die Lebensmittelkarte GS, KS und V
   700 Gramm Zucker
   zum Preise von Mk. 2.— für 700 Gramm.

Alle bei den Händlern sich noch befindlichen **leeren Fässer** und **Säcke** sind **umgehend** an den Einkaufsverein Wittgensteiner Lebensmittelhändler in Berleburg zurückzugeben.

Berleburg, den 13. April 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
J. A.: Weber, Kreis-Sekretär.

Bekanntmachung.

Die Ausgabe der Reichsfleischkarten findet wie folgt statt:

1. für die Gemeinden Erndtebrück, Schameder, Benfe und Zinse am **Freitag den 16. April, von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr auf dem** Amtsbüro.
2. für die Gemeinden des Lahntales **am Donnerstag den 15. April, von mittags 12 Uhr bis nachm. 3 Uhr** in der Wohnung des Gemeinde-Rentmeisters Müller in Feudingen.

Die Fleischkarten müssen an den anberaumten Terminen unbedingt abgeholt werden.

Erndtebrück, den 10. April 1920.

Der Amtmann. Roeßler.

Am Samstag den 17. April,
— abends 7½ Uhr —
findet im Koch'schen Saale in Laasphe
Schlußball
statt, wozu freundlichst einladet
Tanzlehrer Westbrock.
Von 12 bis 1 Uhr **Kaffee** und **Konzert.**
— **Saalpolt.** —

Wittgensteiner Geflügelzuchtverein,
Laasphe.

Am Sonntag den 18. April d. Js., nachm. 3½ Uhr findet im Gasthof Schäfer am Bahnhof die diesjährige ordentliche

Hauptversammlung

statt, zu der sämtliche Mitglieder hierdurch freundlich eingeladen werden.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht des Vorstandes;
2. Rechnungslage und Entlastung des Kassierers;
3. Aenderung des § 5 der Satzungen;
4. Zuchtfragen;
5. Verbandsausstellung im Herbst dieses Jahres in Laasphe;
6. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Zum Schulwechsel

empfehle sämtliche
Schulbücher für Stadt-, Land- und Mittelschulen.
Ferner
Schulranzen, Tafeln, Federkasten, Tagebücher und sämtl. Zeichenartikel.
Hermann Jung, Laasphe.

Germania-Fahrräder

und
sämtliche Fahrrad-Zubehörteile
sind stets vorrätig und liefert solche zu den billigsten Preisen.
A. Mittelmann, Laasphe.

Schlackensteine, Grau- u. Weiß-Stückenkalk,

sowie
gemahlenen Sackkalk

gegen Freigabescheine der Bezirkswohnungskommissare waggonweise prompt und billigst.
Gebrüder Kahl, Giessen.

Wilh. Jung, Geisweid i. W.

Fernspr. 1038 Maschinen- u. Metallwarenfabrik Amt Siegen
empfiehlt als Spezialität in eigener Anfertigung:
Schmirgel-Schleifmaschinen
in sauberer Ausführung und billigsten Preisen.
Ferner: **Transmissionsteile, Wellen, Ringschmierlager, Kuppelungen, Stellringe, Riemenscheiben usw. Gangbare Teile stets auf Lager. Uebernahme von Dreh- und Hobelarbeiten, Reparaturen an allen Maschinen, Anfertigung von Holzbearbeitungs-, speziell Langlochbohrmaschinen, Kreissägelager. Drehen von Massenartikeln.**



Mehrere
jugendliche Arbeiter
von 14—16 Jahren auf sofort gesucht.
Soeder & Metz, Metallwarenfabrik,
Erndtebrück.

Suche für sofort
5 Steinschläger.
Heinr. Adolf,
Pflaster- und Tiefbau-Geschäft,
Hemer i. Westf.

Alfa-Zentrifugen

sind in verschiedenen Größen vorrätig.
Aug. Mittelmann, Laasphe.

Frische Gemüse:
Spinat,
Butterkohl
und
Winterkohl
eingetroffen.
H. Seibel,
Laasphe, Bahnhofstr. 71.

Ein 10 PS.
Gleichstrom-Motor
neu, mit Anlasser und Spannschienen, 1200 T., 220 V., steht zu verkaufen.
Nähere Auskunft:
Laasphe, Lahnstraße 31.

Dickwurzel

offeriert zu den billigsten Tagespreisen
Carl Fröhlich,
Butzbach. Telephon 48.

Harz-Käse, Bücklinge

in stets frischer Ware empfiehlt
Meier Scheuer,
Laasphe, Bahnhofstraße.

Ein gebrauchter
Kuhwagen,
40—45 Zentner Tragkraft, zu verkaufen.
Schmiedemeister Beuser,
Feudingen.

Einen gußeisernen
Tafelherd
hat abzugeben
Weiß. Laasphe, Bahnhofstr. 5

Durch Fernsprecher
werden Anzeigen nur in dringenden Ausnahmefällen angenommen. Für Hörfehler kann dabei keinerlei Verantwortung übernommen werden.